



Zur Wahlenthaltung: Warum man wählt und wann nicht

von Brigitte Pick

Warum immer mehr Wähler nicht wählen gehen, entzieht sich den Experten weitgehend. Bei Umfragen wird -

nicht nur da - gelogen, weil man nicht zugeben möchte, nicht zu wählen. Die vorgestanzten Fragen der lustlosen Meinungsumfrager, die auch mich immer wieder behelligen, lassen kaum Spielraum für Antworten zu. Man spielt mit, da man den freudlosen Jobbern in Callcentern auch ihren mageren Lohn gönnen möchte. Fakt ist, dass die Wahlbeteiligung in der Altersgruppe der unter 30-jährigen stets unterdurchschnittlich war. 2013 gaben in der Altersgruppe nur 38 Prozent an, wählen zu wollen. Immer wieder wird ein Zusammenhang zwischen geringer Bildung und Nichtwählen beschrieben. Der Wähleranteil der Jungen bei der AFD liegt bei 15 Prozent. Die sogenannten Volksparteien vermitteln kaum, dass sie Unterschiede haben. Der Nichtwähler wird als hochmütig oder uninteressiert bis gleichgültig charakterisiert.

Dass die Politik ehrlich über die Zukunft und demokratische Strukturen diskutiert, vermisst der Wähler zu Recht. Große Perspektiven fehlen. Direkte Bürgerbeteiligung etwa durch die Möglichkeit eines Volksreferendums bedarf einer Verfassungsänderung in der parlamentarischen Demokratie. Früher wählte man das kleinere Übel, weiß heute aber nicht, wo das geringere Übel liegt.

Sachsen, Thüringen und Brandenburg haben 2014 ihre Landtage neu gewählt mit mieser Beteiligung, die unter die 50 Prozentmarke sank, in Thüringen knapp darüber. Und trotzdem spricht

die CDU z.B. von Stimmengewinnen wider besseres Wissen. Die Partei hat prozentual gewonnen, aber reichlich Stimmen verloren. In Brandenburg waren es knapp 50.000 weniger, in Thüringen gut 14.000. Die Kanzlerin argumentiert mit guter Regierungsarbeit, denkt nur funktional, schielt nach Meinungsumfragen, hört man.

Früher wählte man das kleinere Übel, heute weiß man nicht, wo das geringere Übel liegt

Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland ist im internationalen Vergleich hoch, auch wenn sie zwischen 1972 und 1990 von 91,1 auf 77,8 Prozent sank und 2002, 2005 sowie 2009 unter der 80-Prozent-Marke lag. 1953 lag sie noch bei 85 Prozent. Am niedrige-

ten war die Wahlbeteiligung bei allen Wahlen zwischen 1953 und 2009 bei den 21- bis unter 25-Jährigen. Im Durchschnitt aller Bundestagswahlen von 1953 bis 2009 waren die 60- bis unter 70-Jährigen und die 50- bis unter 60-Jährigen die Altersgruppen mit der höchsten Wahlbeteiligung. Darauf folgten die 45- bis unter 50-Jährigen und die 40- bis unter 45-Jährigen. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung bei den 21- bis unter 25-Jährigen und – seit der Bundestagswahl 1972 (seit der Einführung des Wahlrechts ab 18 Jahren) – bei den unter 21-Jährigen.¹

1972 polarisierte das konstruktive Misstrauensvotum gegen Willy Brandt die Bevölkerung, und 91 Prozent der Bundesbürger gingen damals zur Wahl. Die SPD machte unter dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ Wahlkampf und fuhr einen Sieg mit 45,8 Prozent der Wählerstimmen ein. Es ging um neue Perspektiven, ähnlich wie in dem schottischen Referendum vom 18.9.2014. 97 Prozent der 4,3 Millionen Wahlberechtigten ließen sich registrieren, 85 Prozent gingen zur Wahl. Es ging den Schotten weniger um nationale Gefühle, sondern um soziale Gerechtigkeit. Gerade die jungen Leute und Studenten sind den Auswirkungen der von Magret Thatcher initiierten neoliberalen Politik überdrüssig, wollen die daraus resultierenden Defizite im Bildungs- und Gesundheitswesen nicht mehr länger ertragen. Sie haben die Option auf gesellschaftliche Veränderungen vor Augen. Lagen die unterschiedlichen Lager vor dem Referendum noch gleich auf, obsiegten die Anhänger der Einheit mit Großbritannien. Offensichtlich folgten die Wähler den panikartigen Versprechen ihres Premier David Cameron auf mehr Autonomie für Schottland. Misstrauen bleibt angebracht. In acht Monaten wird auf der Insel gewählt.

**Es ging den Schotten
weniger um nationale Gefühle,
sondern um soziale Gerechtigkeit**

Nun fordert die Öffentlichkeit mal wieder, dass die jungen Leute für die Demokratie interessiert und aufgeklärt werden müssen, damit die Demokratie nicht kollabiert. Die Schule soll es richten. Ich kann mich erinnern, dass ich gerade im Jahr 1972 in meiner damaligen Klasse fiktive Wahlen durchführte, aufwendige Wahlzettel gestaltete. Die jungen Leute zeigten sich auch an der Hauptschule interessiert und wählten vorwiegend SPD. Wir lasen Zeitungen - München, Olympia, das Attentat u.a. und diskutierten Aktuelles kontrovers. Manch ein „Legastheniker“ wurde so damals zum Spiegelleser. Wir alle hatten noch Visionen. Heute sehe ich die Schule als einen sehr undemokratischen Ort, der sich dem Diktat der Ökonomie unterwirft. Lehrer, die gegen den Strich gebürstet sind, sind rar. Zu viele folgen dem Konkurrenz- und Leistungsterror, der keine Zeit lässt, Zusammenhänge transparent zu machen, in Muße zu lernen. Das System Schule erscheint für viele Schüler und gerade den Kreativen

¹ <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/wahlen-in-deutschland/55594/nach-altersgruppen>

erdrückend mit seinem wenn- dann Prinzip und dem Denken mit Bedingungen statt in Widersprüchen.

Nicht immer muss das explizit ausgesprochen werden: mit deinen schlechten Zensuren kannst du nur Straßenfeger werden u.ä.

Heute sehe ich die Schule als einen sehr undemokratischen Ort, der sich dem Diktat der Ökonomie unterwirft

Das Personal scheut die Auseinandersetzung, zeigt zu wenig Haltung und versteht die jungen Leute nicht mehr, hat Angst vor der Obrigkeit oder den Marginalisierten oder vor beiden. Man steht unter Arbeitshetze, muss ständige Vergleichstests vorbereiten, Zusammenhänge gehen unter, keine Zeit und keine Ahnung. Wie sagt ein Pubertist auf die Ermahnung der Eltern, der Unterricht sei nicht dazu da, ein Gefäß zu füllen, sondern ein Feuer zu entfachen. „ Man kann doch nicht das Holz dafür verantwortlich machen, das es nicht brennt.“²



Revolution by Nemo, [CC0](#)

Die Schule kennt Mitsprache, aber kaum Mitbestimmung. In meiner Zeit als Schulleiterin musste ich immer wieder darauf achten, dass Klassensprecher und Eltern in Klassenkonferenzen durchgängig - auch während der Diskussion der Strafmaßnahmen - anwesend sein konnten. Ihre Stimme zählte eh nur als beratende, also gar nicht. Ich erinnere mich an eine große Schülerdemonstration 1983. Die Schüler zogen von Schule zu Schule, um demonstrationswillige Mitschüler einzusammeln. Nicht wenige Lehrer sperrten ihre Schüler im Klassenraum ein, indem sie ihn verschlossen.

1972 hätte die Schule Kopf gestanden, ich schwöre

² Ein Feuer entfachen von Dorothee Nolte im Tagesspiegel vom 22.9.2014

Oft war das Schulgesetz fortschrittlicher als das Personal. Allein die Macht der Zensuren macht die Machtstrukturen vor Ort klar. Ein Neuntklässler schreibt einen außergewöhnlich lebendigen Bericht zu seinem Betriebspraktikum im Frühjahr 2014, erfüllt jedoch nicht täglich die gesetzte Norm von einer Seite. Zwei Lehrer lesen den Bericht, der eine sagt: „Genial. Ich würde zwei oder fünf sagen, aber warte erst mal das Urteil meiner Kollegin ab.“ Die sagt fünf und basta.

Zwei Schüler müssen an einem Brandenburger Gymnasium 2014 eine Arbeit nachschreiben und werden vom Pädagogen in zwei Ecken eines Raumes gesetzt, um nicht abschreiben zu können. Nach Durchsicht der Arbeiten behauptet derselbe: Ihr habt abgeschrieben. Leiser Protest der Schüler, ein aber, basta. Die Antwort des Mächtigen, aus dem Westen stammend: „Ihr im Osten kennt das doch nicht anders, ihr habt doch immer betrogen.“ Der Alltag geht weiter, kein Protest, welche tolle demokratischen Strukturen. 1972 hätte die Schule Kopf gestanden, ich schwöre.

Zu dieser Geschichte lese ich eine unfassbar kuriose Studie von 23 Seiten der Volkswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians Universität München vom 16. Juni 2014, für die unschuldige Bäume sterben mussten. Sie sagt angeblich aus, dass je länger Menschen im Sozialismus gelebt haben, desto öfter schummeln sie und zwar doppelt so oft wie ihre westdeutschen Brüder und Schwestern. Das Forscherteam um Dan Ariely³ setzte sich aus drei Mitarbeitern der Duke University in den USA (private Universität in der Stadt Durham im Bundesstaat North Carolina) und einem Rechtswissenschaftler aus München zusammen.

„Es ging nur um sechs Ein-Euro-Münzen. Doch wer im Amt seinen neuen Pass abholen muss, spielt in der Wartezeit gerne auch um einen kleinen Gewinn. Würfel, Becher und Geld hatten Forscher der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität und der US-amerikanischen Duke University Anfang Dezember in neun Berliner Bürgerämter gebracht. 259 Berliner mussten ein paar Fragen, etwa zu ihrer Herkunft, beantworten und durften würfeln. Die Regeln des Spiels machten es den Probanden leicht, das zu tun, was die Forscher sehen wollten: zu schummeln.“⁴

An vier Tagen im Dezember besuchte man neun Berliner Bürgerämter in Ost und West. Bei jedem Wurf sollten sie sich vorher entscheiden, ob die nach unten oder oben liegende Seite zählt. Je höher die Gesamtpunktzahl, desto höher der Gewinn. Mogeln war möglich, da niemand die Entscheidung kontrollierte. Alle hatten zu ihren Gunsten geschummelt, die Ostdeutschen jedoch doppelt so oft wie die Westdeutschen. Je länger ein Spieler in der DDR ge-

³ Ariely ist Professor für Psychologie und Verhaltensökonomik an der renommierten Duke University, Bestsellerautor und Kolumnist des Wall Street Journals.

⁴ <http://www.onleihe.de/static/content/sz/20140630/SZ20140630/vSZ20140630.pdf> Schummeln im System von Jan Bielicki vom 30.6.2014

lebt hatte, desto mehr schummelte er. Die 23-seitige Analyse folgert messerscharf: „Das System des Sozialismus hatte einen nachhaltigen Einfluss auf die Moral seiner Bürger.“ Dafür spendeten die Ostdeutschen anschließend unwesentlich mehr Geld.⁵ Damit nicht genug der Narretei. Ein Dr. Schön bestätigt in einem Leserbrief zu der Studie als Westler seine Erfahrungen im Osten und schreibt: „In der DDR wurde das Verstellen, Tricksen und Durchmogeln zum täglichen Lebensmuster. Anders ging es wohl nicht. Wir (West-) Berliner und (West-)Deutsche geben uns Illusionen hin, wenn wir glauben, die Ex-DDR Bürger hätten dieselben Werte wie wir. Deren DDR-Lebensstrategie wird an die Kinder tradiert, schwächt sich erst danach ab. Mit den Urenkeln wird es besser. Erst dann haben wir „ein Deutschland“... usw.⁶ Nun kann man ja auch schlussfolgern, dass die Schummler sich als durchaus intelligent, lebens- und realitätstüchtiger erweisen, wenn man sich überhaupt mit der Kaffeesatzleserei auseinandersetzen möchte. Das Problem ist, dass die Politik Informationen und Argumente braucht, um Probleme und Lösungen abschätzen zu können. Dazu gibt es Statistiken und Studien zu Hauf. Oft werden die jedoch falsch gedeutet, Probleme werden ausgemacht, die keine sind(s.o.) und mit Mitteln gelöst, die dafür nicht taugen. Oft führen verquaste Fragen zu verquasten Ergebnissen. Die Politik ist interessegeleitet, man will wieder gewählt werden, die Medien oft unkritisch. Wenn beispielsweise Prozentwerte genannt werden, muss man immer fragen, auf was sie sich beziehen. Wenn ich 259 Menschen befragt ist das interessant, aber keine Wissenschaft.⁷



face by geralt, [CC0](#)

Nachtrag: Ich habe sowohl in der Schule als im Studium immer gerne geschummelt und meine eigenen Notizen bei Tests oder Arbeiten benutzt. Ein durchaus beliebter Geschichtslehrer wollte einmal das gegenseitige Ab-

**All die Erfahrungen in der Schule
stimulieren die Pubertisten nicht,
mit 18 Jahren wählen zu gehen**

schreiben verhindern und verteilte die 20 Schüler unserer 12. Klasse weiträumig in der Aula. Ich hatte mein Notizheft unterm Pullover versteckt und konnte es ungestört benutzen. Seitdem gebe ich den Rat: Man muss nicht alles wissen, aber wohl, wo es steht. Als junge Lehrerin untersagte ich beim Diktatschreiben die Bücher- und Federmappen-Mauern zum Nach-

⁵ Zitiert nach: Ostdeutsche Mogeleyen von Malte Lehming im Tagesspiegel vom 29.8.2014

⁶ Leserbrief von Dr. Schön im Tagesspiegel vom 7.9.2014

⁷ Siehe auch: Tricksen mit Zahlen von Robert Birnbaum im Tagesspiegel vom 23.9.2014

barn, der eine Rechtschreibschwäche hatte, denn ich fand, wenn einer sieht, was er falsch schreibt, kann er es in der Korrektur doch durchaus richtig lernen.

Einer der Hauptgründe für die schwindende Wahlbeteiligung mag daran liegen, dass die Politik sich immer mehr dem Primat des freien Markts unterwirft

All die Erfahrungen in der Schule stimulieren die Pubertisten nicht, mit 18 Jahren wählen zu gehen. In Brandenburg hat man dieses Jahr das Wahlalter für Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt. In Berlin und anderswo können Hintergründer ohne deutschen Pass- bis auf EU Bürger- bis heute nicht einmal kommunal wählen. Diskriminierung führt auch zur Abschottung und Radikalisierung. Von nichts kommt nichts, wo Rauch ist, ist auch Feuer.

Einer der Hauptgründe für die schwindende Wahlbeteiligung, mag daran liegen, dass die Politik sich freiwillig immer mehr entmündigt und sich dem Primat des freien Markts und Handelns unterwirft, Entscheidungen trifft, die sich nur noch der Verwertungslogik des Kapitals unterwirft. Das entmündigt gleichzeitig die Bürger und führt zu erheblichen sozialen Verwerfungen.

Das neueste Abkommen TiSA (Trade in Service Agreement) wird geheim verhandelt und bleibt der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. In ihren Dokumenten nennen sie sich "really good friends of services", also die "sehr guten Freunde von Dienstleistungen". Seit Juni 2013 treffen sie sich regelmäßig in der australischen UN-Botschaft in Genf. Die Öffentlich-

TiSA (Trade in Service Agreement)

Es sieht vor, Dienstleistungen aller Art zu privatisieren: Verkehr, Gesundheit, Wasser, Telekommunikation, Finanzen, Datentransfer, Energie, Abfall, Post, Bildung ...

keit sollte den Text des Abkommens eigentlich erst fünf Jahre nach einem möglichen Vertragsabschluss sehen dürfen, so steht es auf der ersten Seite.⁸

Es sieht vor, Dienstleistungen aller Art zu liberalisieren, d.h. zu privatisieren. Verkehr, Gesundheit, Wasser, Telekommunikation,

Finanzen, Datentransfer, Energie, Abfall, Post, Bildung etc. werden auf dem freien Markt allen Anbietern von Dienstleistungen zu gleichen Konditionen angeboten. Ziel ist, die Binnenmärkte für internationale Dienstleistungen zu öffnen. Global Player sind Siemens, Deutsche Bank, Telekom, Post DHL, IBM, Microsoft, Vodafone, Veolia, HSBC, KPGM usw. sind im ESF (European Service Forum) organisiert und schätzen das ausbaubare internationale Handelsvolumen auf 3,3 Billionen Dollar. An den Verhandlungen zum Tisa Abkommen sind 50 Staaten beteiligt, darunter die USA, Kanada, Australien, Japan, Südkorea, Israel, Türkei, Chile,

⁸ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/tisa-102.html> vom 19.6.2014

Mexiko sowie die EU-Staaten. Hoheitliche Staats- Aufgaben wie Polizei, Justiz und Militär sollen noch ausgeschlossen sein. Was der Markt hat, kann ihm nicht mehr genommen werden. Jegliche Rekommunalisierung scheint damit ausgeschlossen. Die Zuteilung von Subventionen im Bereich Wohnen oder Bildung steht den Privaten gleichermaßen zu. Was der aggressive Wettbewerb bedeutet lässt sich an den neoliberalen Privatisierungen der Betriebe zur Daseinsvorsorge wie Wasserpreisen studieren. In der Regel führt es zu Qualitätsverlust und Lohndumping.⁹ Dazu kommen die Freihandelsabkommen der EU mit Kanada(CETA) und der USA (TTIP), die Schlimmes befürchten lassen. Versprochen werden mehr Arbeitsplätze und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter in den USA, raunt die SPD und Gabriel verhöhnt den Protest und beklagt eine „Kultur des Misstrauens“ vor der Parteizentrale in Berlin am 20. September 2014. „Das Kampagnennetzwerk Campact, das den Protest organisiert hatte, sei „keine NGO sondern ein Unternehmen.“¹⁰

Dazu passt die winzige Meldung des Medienkonzerns Bertelsmann, der sich am US-amerikanischen Online-Bildungsanbieter Udacity beteiligen wird: Damit weite der Konzern seine Aktivitäten im wachsenden Bildungsgeschäft aus, so der Konzern am 24.9.2014.¹¹

Misstrauen bleibt angesagt, denn es ist längst erwiesen, dass getarnte Privatisierung wie die Neuauflage der sogenannten Öffentlich-Privaten Partnerschaften(ÖPP) unterm Strich teurer sind als wenn Bund, Länder oder Kommunen selbst bauen. „Erst kürzlich warnte der Bundesrechnungshof, dass die bisher sechs von privaten Investoren betriebenen Autobahnstrecken fast 40 Prozent mehr kosten als solche, die der Bund selbst betreibt; und das aus einfachem Grund: Die Privaten fordern mehr Zins, der Staat kriegt das Geld billiger. Der Vorteil der „Partnerschaft“ mit Banken und Baukonzernen ist nur, dass die über Jahrzehnte laufenden Zahlungspflichten des Staates nicht auf dessen Schuldenquote angerechnet werden.“¹²

In Berlin z.B. beklagen die Bezirke ihre Finanzmisere. Auf Betreiben des Senats mussten sie zahllose Stellen im öffentlichen Dienst abbauen. So ging die Pflege der öffentlichen Anlagen in Berlin-Mitte an private Anbieter und kostet nun doppelt so viel als früher zehn Mitarbeiter, nämlich 460.000 Euro. Sparmaßnahmen im Jugendsektor und Kinderschutz mit Stellenstreichungen führten zu erheblichen Steigerungen der „Hilfe zur Erziehung“ durch freie Träger. Die bauen Heime und haben Interesse, dass die Plätze auch belegt sind. Das führt zu mehr Fallzahlen und höheren Kosten bei schlechterer Qualität. Die finanziellen Einsparungen führen zur Unzufriedenheit der Bürger.¹³

⁹ Siehe auch: Vorwärtsverteidigung der Marktradikalen von Gaby Gottwald in Mieterecho 349, September 2014

¹⁰ Zitiert nach Tagesspiegel vom 21.9.2014 Rote Linien von Dagmar Dehmer

¹¹ Zitiert nach Tagesspiegel vom 25.9.2014 dpa Meldung im Wirtschaftsteil: Bertelsmann greift nach US Firma


¹² Teurer Unfug von Harald Schumann im Tagesspiegel vom 19.9.2014

¹³ Sparen kommt teuer von Ralf Schönball im Tagesspiegel vom 22.9.2014

Vivantes Mitarbeiter in Berlin kämpfen gegen ihr Outsourcing in Tochtergesellschaften. Logopäden, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten sollen aus dem Konzern ausgegliedert werden. Ziel sind Kosten zu sparen, das bedeutet, sie werden künftig unter Tarif bezahlt.¹⁴ Usw. und so fort...

Gabriel und Schäuble wollen die Rahmenbedingungen schaffen, um die 5000 Milliarden Euro an liquidem Geldvermögen der Deutschen angespart haben, für den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur zu mobilisieren. Dazu haben sie eine Expertenkommission berufen unter Vorsitz von dem 43-jährigen Ökonomen Marcel Fratzscher, seit 2013 Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW): Neben Ökonomen, Managern und Gewerkschaften sind dabei Jürgen Fischen von der Deutschen Bank, Torsten Oletzky von der Ergo Versicherung, Genosse und Kumpel von Gabriel und eine Alibi-Frau aus dem Allianz Vorstand, Helga Jung. Was soll uns da erwarten? Die Förderung des Allgemeinwohls oder die Mehrung des Vermögens ihrer Aktionäre?¹⁵

**Warum soll der Prekäre wählen,
wenn sich für ihn nichts ändern kann?**

Warum soll der Prekäre wählen, wenn sich für ihn nichts ändern kann? Frag mal den Wahl-O-maten! Ich habe das mal getestet für die Europawahl 2014 und habe zwei Optionen: Die Linke oder die Grünen. Was denn nun, ja oder ja, frei nach Tucholsky? Ich war natürlich wählen, bin ja auch weit über 60 Jahre alt. 

Über die Autorin

Brigitte Pick (*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.

Veröffentlichungen:

- Pick, B. (2007): Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2013): Randnotizen aus der 2. deutschen Republik. Kindle Edition

Kontakt:

brigittepick@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com

14 Der Gesundheit Lohn von Hannes Heine im Tagesspiegel vom 23.9.2014

15 H. Schumann a.a.O. siehe auch: Wer schließt die Lücke von Carsten Brönstrup und Heike Jahberg in „Agenda“ im Tagesspiegel vom 23.9.2014